

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 16.11.2006

Vorlage Nr. 06-F-07-0007

***Integrationspolitik / Problem Parallelgesellschaft
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 07.11.2006 -***

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung mißbilligt jedwede Form des religiös begründeten Extremismus, der sich gegen unsere Verfassung richtet. Sie erwartet, daß die Erklärung von Oberbürgermeister Diehl „Für fundamentalistische Gruppierungen, die eine Parallelgesellschaft errichten wollen, darf es in dieser Stadt keinen Raum geben“ in praktische Politik umgesetzt wird.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, daß der Verein Milli Görüs, der am Gräselberg ein Gebetszentrum einrichten will, laut den Verfassungsschutzberichten verschiedener Bundesländer verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, eine islamische Ordnung auf der Grundlage der Scharia anstrebt und nur nach außen sich bemüht, einen verfassungskonformen Eindruck zu erwecken.
3. Der für Integration zuständige Dezernent wird aufgefordert, für die Wiesbadener Grundsätze zur Integration einen Passus zu erarbeiten, in welchem das Problem des religiösen Extremismus und der Parallelgesellschaft behandelt wird.

Beschluss Nr. 0567

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 07.11.2006 betr.

Integrationspolitik / Problem Parallelgesellschaft

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2006

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .11.2006

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister